wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Dokumentation der KCK-Erklärung zur Bewertung der Entwicklungen
seit den Kommunalwahlen in der Türkei

Waffenruhe vorerst verlängert

Trotz der jüngsten schweren Tragödien in Kurdistan hat der über 30-jährige Freiheitskampf des kurdischen Volkes in der Türkei unter Abdullah Öcalan (Apo) heute eine bedeutende Dimension erreicht. Es hat sich erwiesen, dass der kurdische Freiheitskampf nicht beseitigt und bezwungen werden kann, trotz aller von internationalen und regionalen Kräften gegen die kurdische Bevölkerung angewandten Methoden der Unterdrückung und Gewalt.

Der soziale Widerstand unseres Volkes erzielte wichtige Erfolge gegen die internationalen Konzepte von Unterdrückung und Kapitulation, die gegenüber dem 1.-Juni-Vorstoß errichtet worden waren, der sich nun zum fünften Male jährt. Sämtlichen militärischen Angriffsversuchen in dieser Zeit wurde zuvorgekommen; es gab nennenswerte Erfolge wie in Gabbar, Oramar und Zap. Trotz hoher Verluste offenbarte der gesellschaftliche Widerstand unseres Volkes auf vielerlei Art eine wichtige politische Konsequenz. Zuletzt brachte die Bevölkerung in den Wahlen am 29. März ihren eigenen Willen zum Ausdruck.

Die facettenreiche Entwicklung der kurdischen Befreiungsbewegung hat der friedlichen und demokratischen Lösung der kurdischen Frage das Terrain bereitet. Trotz der Existenz internationaler Kräfte, die nicht an einer Lösung der Frage interessiert sind, stellen die gegenwärtigen Umstände kein ernsthaftes Hindernis für die Entwicklung einer demokratischen Lösung dar. Türken und Kurden können die Angelegenheit unter sich klären, den nötigen politischen Willen vorausgesetzt.

Unsere Bewegung hatte offiziell einen Prozess der Gewaltfreiheit vom 13. April bis zum 1. Juni angekündigt, um die bestehende positive Lage als einen wichtigen Schritt in Richtung der Lösung der Frage zu nutzen und um den Prozess der demokratischen Lösung zu entwickeln. Die Volksverteidigungskräfte waren an keinerlei planmäßigen Aktivitäten gegen die türkische Armee beteiligt und folgten der Linie der Gewaltfreiheit – außer in den Fällen legitimer Selbstverteidigung. Trotz der HPG-Haltung setzte die türkische Armee ihre systematischen Operationen fort, flog Luftangriffe und beschoss Defensivstellungen. 35 HPG-Guerillas, Kommandoränge eingeschlossen, fielen dabei und sind als Märtyrer des Friedensprozesses in die Geschichte eingegangen.

Zusätzlich wurde mit dem 14. April, einen Tag nach der Erklärung der Gewaltfreiheit, gegen Organisationen der kurdischen Zivilgesellschaft und die DTP vorgegangen und am 28. Mai auf den Gewerkschaftsverband KESK ausgeweitet. Das Ziel dieses Vorgehens ist es, die kurdische Bevölkerung aus der politischen Arena zu vertreiben und eine neue Konfliktphase vorzubereiten. Diese Angriffe, die jeglichen rechtlichen Kriterien und gesellschaftlichen ethischen Regeln widersprechen, wurden ständig ausgeweitet, besonders auch gegen die Kinder und Jugendlichen im demokratischen und legitimen Widerstand. In Zangirt (Bilge), Mardin, wurden 44 Menschen umgebracht, um den Friedensprozess zu sabotieren und es unserer Bewegung anzulasten. Von unserer Bevölkerung gewählte kurdische Abgeordnete sind genötigt worden, vor Gericht zu erscheinen, um mit einer Art Doppelstandard ihre Autorität und ihren Status zu untergraben.

Während diese Operationen gegen unsere Guerilla und die politischen Repräsentanten unseres Volkes anhalten, hat auf die Stellungnahmen Abdullah Öcalans und unserer Bewegung hin in der Türkei sowie international der öffentliche Diskussionsprozess um eine Lösung der kurdischen Frage Auftrieb erhalten. Auch der türkische Präsident Abdullah Gül hat sich in dem Sinne geäußert, dass er die kurdische Frage als wichtigste nationale Angelegenheit definierte, deren Lösung keinen Aufschub dulde.

Trotz der Erklärungen des Präsidenten und aus einigen politischen Kreisen ist jedoch bis jetzt noch kein konkretes Projekt über den Weg der Lösung der Frage formuliert worden. Trotz der Äußerung des Präsidenten, es gebe eine Übereinkunft zwischen den Institutionen, halten militärische und politische Operationen an. Warum werden diese nicht beendet, wenn diese Einigung die politische Lösung der Frage betrifft? Werden die Konsequenzen in Betracht gezogen, wenn es sich hierbei lediglich um eine Spielerei handelt? Wenn der Staatspräsident und der Premierminister diese Fragen beantworten, wird klarer sein, in welche Richtung der Prozess verlaufen kann.

Unser politischer Führer Abdullah Öcalan hat sich, unter Berücksichtigung der positiven und negativen Aspekte des beschriebenen Prozesses, für eine Fortsetzung der bis

zum 1. Juni befristeten Gewaltfreiheit ausgesprochen. Dabei bezog er sich ebenfalls auf Äußerungen von Präsident Abdullah Gül hinsichtlich der Lösung der Frage, auf öffentliche Diskussionen, Aufforderungen diverser Intellektueller, demokratischer Parteien und zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie die Erwartungen unseres Volkes bezüglich einer Konfliktlösung.

Unsere Bewegung hat den Aufruf unserer politischen Führung bewertet, der einer politischen Lösung der kurdischen Frage Priorität einräumen und der Unterbrechung des Konfliktes sowie der Schaffung eines konstruktiven Rahmens für Frieden eine Chance geben will. Nach kollektiver Übereinkunft der Organe unserer Bewegung wurde entschieden, diesen Aufruf umzusetzen. In diesem Sinne, auch unter Berücksichtigung der zunehmenden Angriffe, hat unsere Bewegung die Aufrechterhaltung des Status der Inaktivität bis zum 15. Juli beschlossen. Wir kamen überein, den Prozess der Inaktivität bis zum 1. September auszudehnen, falls es positive Entwicklungen in Richtung einer Lösung gibt. Das bedarf jedoch der Neubewertung der Situation.

Diese Haltung basiert auf unserer Orientierung auf eine friedliche und demokratische Lösung. Eine friedliche und demokratische Lösung kann jedoch nicht nur aufgrund unserer Bemühungen realisiert werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben das gezeigt. Es bedarf der aufrichtigen Anstrengungen aller Beteiligten. Die andere Seite hat ebenso die bewaffneten Angriffe einzustellen, um die Inaktivität in die Beendigung des Konflikts zu transformieren und die Waffen kontinuierlich schweigen zu lassen. Einseitige Bemühungen führen offensichtlich nirgendwohin. Niemand kann sagen, ob die Armee so oder anders handeln wird. Entscheidend sind hier die Entschlossenheit zum Handeln und politischer Wille.

In der Sommerzeit kann die Guerilla am aktivsten und erfolgreichsten agieren. Es ist eine Realität, dass unsere Bewegung und Guerilla zurzeit am besten organisiert sind und kraftvoller denn je operieren können. Wird diese Kraft entfaltet, können wir einen weit umfassenderen Krieg führen. Trotz alledem bevorzugen unsere politische Führung, unsere Bewegung und unser Volk Frieden und nicht Krieg. Ein genauer Begriff von dieser Realität

Fortsetzung auf Seite 2

Meldungen

Festnahmewelle weitet sich auf Gewerkschaften aus

Sondereinheiten der türkischen Polizei nahmen 36 Mitglieder des Gewerkschaftsdachverbandes KESK bei Razzien in mehreren Städten fest.

Nachdem seit Mitte April bereits mehr als 400 Mitglieder der, im Parlament vertretenen, kurdischen Demokratischen Gesellschaftspartei (DTP); Anwälte und Aktivistinnen von Frauenorganisationen festgenommen und über 250 davon in Untersuchungshaft überführt wurden, sind nun GewerkschafterInnen von der Repressionswelle gegen Oppositionelle betroffen.

Am Morgen des 28.05.09 nahmen Sondereinheiten der türkischen Polizei, auf Weisung der 10. Kammer des Schwurgerichts von Izmir Türkeiweit 35 Personen fest. Seitdem demonstrierten in mehreren Städten, u.a. Izmir, Istanbul, Ankara und Van Menschen gegen diesen Angriff auf die Integrität der ArbeitnehmerInnenvertretungen.

(DIHA, 28.5., ISKU)

Aussagekrise auf September verschoben

Ansichts einer gerichtlichen Vorladung einiger DTP-Abgeordneter und deren Weigerung, dieser Vorladung zu folgen, wurde befürchtet, dass die Abgeordneten auf gerichtliche Anordnung durch die Polizei vom Parlamentsgebäude aus zwangsweise dem Gericht vorgeführt würden. Nun erkannte das Gericht an, dass die Vorladung nicht formgerecht zugestellt wurde und erließ eine neue Vorladung für September. Damit wurde Zeit gewonnen. Die DTP-Abgeordneten berufen sich bei ihrer Weigerung der Vorladung zu folgen, auf ihre parlamentarische Immunität. Das Gericht beschloss daraufhin, am 29. September erneut über eine zwangsweise Vorführung der Abgeordneten zu entscheiden.

(NTV, 26.5., ISKU)

Im Jahr 2008 starben 39 kranke Gefängnisinsassen

Auf eine schriftliche Anfrage der Parlamentsabgeordneten Sebahat Tuncel (DTP) antwortete der türkische Justizminister Sadullah Ergün (AKP), dass 2008 keine erkrankten Gefangenen in türkischen Gefängnissen starben. Ergün gab weiter an, dass sich am 5. April 2009, 5678 politische Gefangene in türkischen Gefängnissen befanden. 42 davon befanden sich in lebenslanger Einzelhaft, 153 würden an Krankheiten

IHD-Bericht zum Gefängnis in Mardin

Einem Bericht des türkischen Menschenrechtsvereins IHD zufolge sind im Mardin E-Typ Gefängnis 800 Gefangene untergebracht während es für nur 380 ausgelegt ist.

Der Provinzverband Mardin kurdisch Mêrdîn veröffentlichte jetzt einen Bericht über Kinder in Gefängnissen und die Bedingungen im Mardin E-Typ Gefängnis. Der Vorsitzende des IHD Mardin, der Anwalt Erdal Kuzu, stellte dazu fest, dass neben der Überbelegung weitere bedenkliche Menschenrechtsverletzungen in dem Gefängnis stattfinden, die von den Behörden wahrgenommen und sofort überwunden werden müssen. Kuzu fordert, dass auch in der Türkei die Regulierungen der UN (United Nations) angewandt werden müssen, da die dokumentierten Rechtsverletzungen internationale Vereinbarungen verletzen.

In dem Gefängnis befinden sich zurzeit 22 Kinder, als politische Gefangene. 4 von ihnen wurden von Schwurgerichten mit Sonderbefugnissen verurteilt. Von weiteren Kindern stehen Prozesse vor Schwurgerichten noch aus. Auch diese Vorgehensweise verstößt gegen internationales, von der Türkei ratifiziertes Recht. Kuzu fordert die sofortige Änderung von Gesetzen, die die Prozessführung gegen Kinder vor Schwurgerichten für schwere Straftaten ermöglichen und die Änderung der Bedingungen in den Gefängnissen.

Der Bericht des IHD erwähnt im einzelnen folgende Missstände und Rechtsbrüche im Mardin E-Typ Gefängnis:

800 Menschen sind in einem Gefängnis für 380 Gefangene untergebracht; davon sind 200 politische Gefangene,

es wird nicht genügend Trinkwasser zur Verfügung gestellt – lediglich 3-mal am Tag wird für 20 Minuten Wasser angestellt, verspätete Transporte in die Krankenstation und Krankenhäuser, mangelnde Gesundheitsversorgung – es steht lediglich ein Arzt für 800 Gefangene zur Verfügung, der schwer Kranke Gefangene Mehmet Emin Özkan kann nicht im Gefängnis behandelt werden, wird jedoch auch nicht in ein Krankenhaus überstellt, es gibt nicht genügend Medikamente für chronisch Kranke Gefangene, BesucherInnen wurden inhuman behandelt, auch bei Krankenhausbesuchen werden die Handschellen nicht abgenommen, nur eine Stunde in der Woche gemeinsamer Ausgang, die Gefangenen dürfen keine kurdischen Briefe schreiben und erhalten.

(DIHA, 2.6., ISKU)

Terror der AKP-Stadtverwaltung gegen den Istanbuler Bezirk Sultanbeyli

Die AKP-Stadtverwaltung, die die Häuser der Armen im Stadtviertel Sultanbeyli zerstören lässt, terrorisiert die Bevölkerung. Im Mecidiye Stadtviertel wurden mehr als 80 Häuser abgerissen. Die Bevölkerung leistete Widerstand gegen die Abrucheinheiten der Stadtverwaltung, in dem sie eine Autobahn blockierte und Barrikaden errichtete. Einige BewohnerInnen stiegen mit Messern in den Händen

auf die Dächer ihrer Häuser, um den Abriss zu verhindern und schleuderten Gegenstände auf die Abrissstruppen. Die Bewohner erklärten: „Sie haben mit unseren Häusern ein ähnliches Unrecht angestellt, wie Israel mit denen der Palästinenser.“

Die Polizei griff die Menschen, die ihr Recht auf Wohnen verteidigten, massiv an und nahm 17 Personen fest.

Vor den Wahlen hatte die AKP noch erklärt, sie werde über die Gebäude, die vorher errichtet worden sind, hinweg sehen. Sie hätten sogar dafür Spenden gesammelt.

Das ArbeiterInnenviertel wird im Rahmen eines Stadtumstrukturierungsprojektes zerstört. In den nächsten Tagen soll mit der Abriss fortgesetzt werden.

(ANF, 2.6., ISKU)

Waffenruhe vorerst verlängert (Forts.)

ist der Schlüssel von größter Wichtigkeit für die Entwicklung des Lösungsprozesses.

Während der genannten Periode werden unsere militärischen Kräfte keine Aktion durchführen und nirgendwo angreifen. Im Falle von Vernichtungsangriffen auf sie werden sie allerdings von ihrem universellen Recht der legitimen Selbstverteidigung Gebrauch machen und sich das Recht auf Vergeltung für jeden Angriff vorbehalten.

Der türkische Staat, die AKP-Regierung und die Oppositionskräfte sollten die Verantwortung für die Demokratisierung und für die Lösung der diesbezüglich wichtigsten Frage der Türkei übernehmen. Sie sollten deutlich machen, ob die Militäroperationen gegen die weiterhin inaktive Guerilla fortgesetzt werden oder nicht. Dieser Prozess ist zu fragil, als dass jegliche Unentschlossenheit oder Hinhalten taktik tolerabel wäre. Alle Akteure, hauptsächlich die Regierung, sind aufgefordert, ihre historischen Aufgaben wahrzunehmen. Um der Sabotage dieses Prozesses vorzubeugen und ihn in einen Prozess der nachhaltigen Lösung zu transformieren, ist die Verhaftungswelle gegen die demokratischen legalen Institutionen der Kurden

und deren gewählte Repräsentanten zu beenden. Sie selbst dürfen nicht von politischer Partizipation abgehalten werden.

Unsere Guerillakräfte werden zum Eingreifen gezwungen sein, wenn die Operationen nicht beendet werden. Die Armee und andere Kräfte, die nicht dagegen opponieren, werden für alle Folgen mitverantwortlich sein. Unsere Haltung zu diesem Prozess ist strategisch und nicht taktisch. Wir wollen die Waffen beidseitig zum Schweigen bringen und den Prozess permanent in eine demokratische Lösung verwandeln, nicht in eine vorübergehende Waffenpause. In diesem Sinne sind beide Seiten für eine vernünftige Bewertung der Grundlage für eine Lösung verantwortlich. Natürlich können uns Gewaltmethoden nicht weiterbringen. Nur die Einstellung der Kriegshandlungen, ernsthafte Schritte und Dialog ermöglichen eine grundlegende Lösung. An diesem Punkt erlangt die Vorstellung einer nachhaltigen Lösung Bedeutung für die Roadmap, die im August von Abdullah Öcalan unter Berücksichtigung der Ansichten kurdischer Institutionen vorgelegt werden wird.

Die öffentliche Meinung und alle Beteiligten sind aufgefordert, die

45-tägige Phase der Inaktivität mit hinreichender Verantwortlichkeit zu betrachten und bezüglich der Zukunft des türkischen und kurdischen Volkes zu bewerten. Die konservativ-demokratischen, liberal-demokratischen und linksdemokratischen Kräfte in der Türkei sollten ihre historische Verantwortung für die Demokratisierung der Türkei wahrnehmen und in demokratischem Einklang das Wagnis eingehen, denjenigen Kräften entgegenzutreten, die diesen Prozess sabotieren wollen.

Die internationalen und regionalen Mächte sollten dem türkischen Staat und seiner Regierung Unterstützung und Ermutigung bieten bei einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage und der Entwicklung von Frieden und Stabilität im Mittleren Osten.

Alle Kurden, politischen Kräfte, patriotischen und demokratischen Institutionen sollten ihre demokratische und nationale Einheit bewahren und wachsam bleiben gegenüber jeglicher Provokation, um den ehrenhaften Kampf für Frieden und eine demokratische Lösung der kurdischen Frage fortzusetzen, und eine aktive Rolle bei der Stärkung ihrer organisierten Kraft spielen.

(KCK Exekutivrat, 1.6., ISKU)

leiden. Der Minister antwortete zudem, dass kein Gefangener auf eine Behandlung warten müsste. In einem Bericht des Menschenrechtsvereins IHD werden für das Jahr 2008 jedoch 39 Todesfälle von kranken Gefängnisinsassen dokumentiert, die aufgrund mangelhafter oder nicht gewählter Behandlung ernsthafter Erkrankungen starben. Auch weiterhin befinden sich mindestens 306 ernsthaft erkrankte Menschen, davon 18 mit schwerwiegenden Gesundheitsschädigungen in türkischen Gefängnissen. (DIHA, 28.5., ISKU)

Südkurdistan: PCKD nicht zur Wahl zugelassen

Die Wahlkommission erklärte vor den am 25. Juli stattfindenden Wahlen, dass die Liste El Amal (Die Hoffnung) aufgrund ihrer Nähe zur PKK verboten würde. Es wurde erklärt, dass sie nicht an den Wahlen zum Parlament und Ministerpräsidenten teilnehmen könne. Necibe Ömer, die auf Listenplatz eins dieser Liste steht, erklärte, dass politische Gründe hinter dem Verbot stehen und dass die PCKD ein Teil dieser Liste sei: "Unsere Liste ist unabhängig und sie hat schon an zwei Wahlen in Kurdistan teilgenommen." erklärte sie und machte deutlich, dass sie Widerspruch gegen das Verbot, hinter dem sie Ankara vermutet, einlegen werde. (ANF, 2.6., ISKU)

Gefechte in Cudi

Trotz der Verlängerung der Feuerpause des KCK, nehmen im Gebiet um Sirnak die Militäroperationen der türkischen Armee zu. In den Cudi-Bergen kam es zu einem Gefecht zwischen Guerilla und Soldaten. Die Kämpfe dauerten bis in die Morgenstunden an. Explosionen und Gewehrfeuer waren bis in das Stadtzentrum vom Sirnak zu hören. In den Morgenstunden wurden weitere Soldaten in das Gebiet verlegt. (ANF, 2.6., ISKU)

Quellen:

ANF Firat
 Nachrichtenagentur
DIHA Dicle
 Nachrichtenagentur
NTV NTV Turk

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Stahlwiete 10 22761 Hamburg** **Tel.: 040 - 421 02 845** **E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden. **Bestellen auf unser Konto: Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506** Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter: **www.isku.org**